

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

21.03.2023

MdL Torsten Koplín

TOP 1

a) Beratung des Antrages der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU
Erweiterung des 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“

- Drucksache 8/1951 -

in Verbindung mit:

b) Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema
Anschlag auf Stiftungswesen verhindern – Rechtsstaat schützen

(auf Antrag der Fraktion der AfD)

in Verbindung mit:

c) Aussprache gemäß § 43 Nummer 2 GO LT zum Thema
Schluss mit der Schmutzkampagne – Für eine sachliche Debatte zu Nord Stream 2
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

„Kritik ist keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft.“ (Marx).

Worum hier mit Leidenschaft gestritten wird, hat die Grenzen von Kritik an der Landesregierung, an einzelnen Ministerinnen und Minister, an der Ministerpräsidentin weit überschritten. Mit Kritik hat der Vorgang, der uns hier zusammenführt, nichts zu tun, vielmehr geht es hier um:

- Die Umdeutung und Verdrehung von Tatsachen,
- Das Ignorieren bzw. Auslassen von Fakten,
- Das Weben von Mythen und das Streuen von Bezeichnungen,
- Die Diffamierung und gar Kriminalisierung von handelnden Personen.

Was die den Antrag stellenden Fraktionen hier abziehen, wirkt wie politisches Schmierentheater.

Warum behaupte ich das?

Angefangen hat alles mit der zutiefst böartigen Behauptung, die Ministerpräsidentin hätte den Türöffner für Putins Krieg gegeben. Weiter ging es mit dem öffentlichen Agieren der auch so völlig unbeteiligten und unschuldigen CDU. Fortsetzung fand dies in der öffentlichen Anhörung des Untersuchungsausschusses zur Nord-Stream 2 – Stiftung, als der Rechtsbeistand des Vorstandsvorsitzenden der Wintershall AG im Zusammenhang mit Fragen der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen aufbegehrte und es sich verbat, dass sein Mandant zur Projektionsfläche politischer Ideologie erhalten solle. Und der widerliche Höhepunkt, ist die Kriminalisierung der Ministerpräsidentin durch den Al Capone Vergleich im Cicero.

Der neuerliche Anlass, warum das Thema Klimaschutzstiftung in den letzten Wochen so hochkochte, war die Vernichtung von drei Steuererklärungen durch eine Mitarbeiterin im Finanzamt Ribnitz-Damgarten. Jedenfalls berichtete der Cicero hierzu und zitierte aus

vertraulichen Unterlagen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Der Skandal schien perfekt. Was der Cicero jedoch unterschlug, war, dass die Erklärungen verbrannt wurden, als die Mitarbeiterin bereits erfahren hatte, dass Zweitoriginale im Haus und in Bearbeitung waren, die Vernichtung also gar keinen Einfluss auf das Steuerverfahren hatte.

Dies tatsachengetreu wiederzugeben hätte natürlich sofort klar gemacht, dass eine Mitarbeiterin der Finanzverwaltung ihren individuellen Fehler zunächst verdecken wollte. Dann aber wäre jegliche politische Brisanz aus der Nummer raus. Wir hatten es also nie mit einem Skandal, sondern mit ernsthaftem Fehlverhalten zu tun. Einigkeit besteht darüber, dass ein solches Fehlverhalten untersucht und geahndet werden muss. In Behörden dürfen einfach keine Unterlagen verschwinden. Das ist klar.

Obwohl der Finanzminister das in seiner Pressekonferenz am 28. Februar schon mitgeteilt hatte, führten wir am 3. März noch eine Sondersitzung von Rechtsausschuss und Finanzausschuss durch. Da waren dann auch der zuständige Oberstaatsanwalt und der Vorsteher des Finanzamtes Ribnitz-Damgarten dabei und legten den Sachverhalt aus Sicht ihrer Behörden dar.

Die Staatsanwaltschaft hatte Ermittlungen in alle denkbaren Richtungen vorgenommen. Die Beschuldigte hatte ihr Verhalten jedoch defacto selbst angezeigt. Folglich wurde das Verfahren gegen Auflagen eingestellt. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft war nicht nur fehlerfrei, es war mustergültig. Das ursprüngliche Verhalten der Finanzbeamtin war schwerwiegend, aber sie teilte ihren Fehler mit und die Behörde leitete die notwendigen Schritte ein. Das Fehlverhalten wurde erkannt und aufgearbeitet.

Meine Damen und Herren,

es bleibt festzuhalten, dass abgesehen vom Eingangsfehler der Finanzmitarbeiterin auch das Handeln von Finanzbehörden und Finanzministerium völlig in Ordnung war. Die Korrekturmechanismen für individuelle Fehler haben funktioniert. Die über achtstündige Sitzung des Rechts- und des Finanzausschusses hat schockierender Weise offenbart, welcher Mangel an politischer Bildung bei langjährigen Abgeordneten über solch grundlegende Dinge wie Gewaltenteilung, Zuständigkeiten und Verwaltungsabläufe vorherrschen. Anders kann ich Fragen, etwa an das Justizministerium überhaupt nicht deuten. Es ist schwer fassbar, dass solche Leute 15 Jahre dieses Land mitregiert haben.

Ich glaube tatsächlich, ein grundlegendes Problem ist im Moment, das Einige hier im Haus mit der Gewaltenteilung und bestimmten Zuständigkeiten nicht so richtig klarkommen oder aus populistischen Gründen nicht klarkommen wollen. Natürlich ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Landtags, die Regierung zu kontrollieren.

Aber diese Kontrolle kann nur so weit reichen, wie die Befugnisse der Ministerinnen und Minister selbst reichen. Das betrifft etwa die Organisation der Behörden in ihrem Bereich oder die Ausübung ihrer Fachaufsicht. Auch Minister dürfen in ihren Bereichen nicht alles und so können sie auch nicht für jedes individuelle Fehlverhalten von Mitarbeitern verantwortlich gemacht werden. Politische Verantwortung gibt es nur dort, wo die Verfassung sie vorsieht.

Dies sage ich auch, weil der Abgeordnete der Grünen, Hannes Damm, durch einen Mitarbeiter aktuell Gerichte und Staatsanwaltschaften mit Fragen überziehen lässt, die vom Frage- und Auskunftsrecht eines Mitglieds des Landtages nach Artikel 40 der Landesverfassung nicht gedeckt sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie reden ständig davon, hier würden Vorwürfe im Raum stehen, denen Sie nachgehen müssten und die aufgeklärt werden müssen. Ja, es stehen Vorwürfe im Raum. Aber doch nur solche die Sie selbst dahingestellt, selbst konstruiert, die Sie selbst erfunden haben. Hingestellt auf Basis purer Spekulation ohne jegliche Anhaltspunkte.

Es wirkt wie eine billige Masche: Mit Halbwahrheiten an Journalisten treten, einen mutmaßlichen Skandal in den Raum stellen und mit diesem als Begründung dann Aufklärung verlangen wollen. In einem demokratischen Rechtsstaat gehört sich so etwas nicht. Er wird durch Ihr Agieren beschädigt.

Meine Damen und Herren,

auch die Pressekonferenz des Stiftungsvorstandes habe ich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Herr SELLERING traf mit einer Aussage, den Nagel auf den Kopf. Es würde ihn stören, wenn immer davon die Rede sei, mit der Klimastiftung sollten die Sanktionen der Amerikaner „umgangen“ werden. Die US-amerikanischen Sanktionen waren nach Einschätzung der EU-Kommission und der Bundesregierung völkerrechtswidrig. Die Stiftung sollte die Sanktionen nicht umgehen, sondern diesem völkerrechtswidrigen Akt begeben. In diesem Ansinnen war sie legitim. In der Pressekonferenz ist mir aber natürlich auch nicht die persönliche Betroffenheit von Herrn SELLERING, Herrn KUHN und Frau ENDERLEIN entgangen. Ich muss sagen, das macht auch mich betroffen.

Ich bin sicher, alle drei und auch ihr ganzes Team sind nur mit den besten Absichten in ihre Tätigkeit gestartet und ihr Ansinnen war immer ehrenwert. Für mich persönlich und auch für meine Fraktion hatte der Wunsch nach der Abwicklung der Stiftung nie etwas mit dem Vorstand, dem Team oder ihrem Handeln zu tun. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar sagen.

Aber wenn ich politisch ein Signal in Richtung Moskau setzen will, gehört auch dazu zu sagen: Wir arbeiten nicht mit russischem Geld, ganz egal wie nobel der angedachte Zweck ist. Das wäre unredlich.

Ich glaube auch nicht, dass wir als Landtag - oder auch die Regierung – mit dem Vorstand der Stiftung diesbezüglich großartig über Kreuz liegen. Die Frage ist – und daran scheiden sich die Geister – kann die Stiftung - wie auch immer - aufgelöst werden?

Dazu gibt es Gutachten und ich vertraue auf eine rechtskonforme Lösung.

Und lassen Sie mich abschließend noch etwas sagen: Es ist nicht die Regierung, die Koalition oder die Klimaschutzstiftung, die unserem Land schaden.

Wissen Sie was diesem Land wirklich schadet?

Wenn Politiker in diesem Landtag die Darstellungen von langjährigen, loyalen und zuverlässigen Verwaltungsbeamten als Räuberpistole aus Moskau bezeichnen. Wenn langjährige Minister und Landtagsabgeordnete für dieses Land elementare Entscheidungen treffen und hinterher so tun, als hätten sie nichts gewusst und getan und sich aus ihrer Verantwortung stehlen. Wenn Politiker in diesem Landtag zum Schutze von Personen oder Rechtsgütern als geheim eingestufte Dokumente, mutmaßlich aus persönlichem Geltungsdrang veröffentlichen.

Das alles, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist demokratiefeindlich und es untergräbt das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und leistet Kräften Vorschub, die diesen am liebsten abschaffen wollen.